

## An der Wiege des Förderkreises – erste Schritte

*Vortrag in der Festsitzung "10 Jahre Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V." am 5. Mai 2001 am Sitz der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Finckensteinallee 63 in Berlin-Lichterfelde*

### Klaus Höpcke

Erstmals öffentlich erwähnt wurde der Förderkreis, an dessen zehnjähriges Bestehen wir jetzt erinnern, bereits sechs Monate vor seiner Gründung. Und zwar in einer Plenarsitzung der Volkskammer der DDR am 13. September 1999. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag, der darauf hinauslief, der PDS das zentrale Parteiarchiv der SED wegzunehmen, die Partei von diesem wertvollen Besitz historischer Zeugnisse zu enteignen, das Archiv zu verstaatlichen.

Die Rede, die ich in dieser Volkskammertagung gehalten habe, möchte ich im Wortlaut an den Beginn meines heutigen Vortrags stellen, veranschaulicht sie als authentisches Zeitdokument doch möglicherweise die Turbulenzen der damaligen Auseinandersetzungen und die Brisanz der prinzipiellen Fragen, um deren Lösung gestritten und gerungen wurde, besser als es nachträgliche Betrachtungen könnten.

Wie Sie sich denken können, sprach ich mich entschieden gegen den Antrag auf Verstaatlichung des Archivs aus; hier der Text:

#### Volkskammerrede vom 13. September 1990

Das unserer Partei gehörende Archiv stellt eine einzigartige Sammlung historischer Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und sozialer Bewegungen in Deutschland von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Gegenwart dar. Sein Wert besteht in der Reichhaltigkeit und Geschlossenheit seiner Bestände: Marx-Engels-Bestand, zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis 1945, historisches Archiv der KPD, Archivgut der SED, etwa 270 dokumentarische Nachlässe bzw. Teilnachlässe verstorbener führender Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung bis 1989 sowie 2500 Erinnerungsberichte, Sammlungen zum Nationalkomitee "Freies Deutschland" und zur deutschen antifaschistischen Emigration, zur Novemberrevolution, zum Reichstagsbrandprozess, zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der BRD und eine Bild-, Film- und Tondokumentensammlung.

#### Breitester Zugang gesichert

Eine auf der Bundesarchivgesetzgebung beruhende neue Benutzungsordnung ermöglicht breitesten Zugang zu den Quellen. Es gibt keinerlei parteipolitische Einschränkung, bisher etwa 900 Benutzer im Jahr. 2000 schriftliche Anliegen sind bearbeitet worden. In diesem Jahr (1990) hat sich die Benutzung verdreifacht, und es wird dort

Forschung betrieben, sowohl von Bürgern unserer Republik und aus der Bundesrepublik als auch aus anderen Ländern, wo eben erforscht wird, wo die Partei recht hatte und wo sie nicht recht hatte, und wo erforscht werden kann und wird, wie die Vereinigung zwischen KPD und SPD vonstatten gegangen ist. Übrigens, auch die Rosa-Luxemburg-Veröffentlichung, aus der hier zitiert worden ist, ist eine Arbeit, ist eine Hervorbringung dieses Institutes.<sup>1</sup> Es muß festgestellt werden, daß die vorgebrachten Begründungen zur geforderten Abgabe des SED-Schriftgutes in keiner Weise gesetzlich und sachlich stichhaltig sind.

Das Parteiarchiv archivierte das Schriftgut der SED, also die in den Registraturen dieser Partei produzierten Unterlagen. Das entspricht genau dem geforderten Provenienz-Prinzip (archivarische Ordnung nach Ursprung bzw. Herkunft), nicht zu verwechseln mit dem Pertinenz-Prinzip, also Zugehörigkeit nach Sachgebieten wie Wirtschaft, Kultur, Außenpolitik usw. Die unbestrittene Verflechtung von Partei und Staat und die Personalunion führender Funktionäre sind keine Begründung dafür, daß das bei den Parteiorganisationen entstandene Schriftgut seinem Wesen nach nun staatlich sei.

Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die in Splintern vorhandenen staatlichen Dokumentationen in zweifacher Überlieferung, sowohl in den entsprechenden staatlichen Organen und damit in Archiven als auch im Parteischriftgut und damit im Parteiarchiv, vorliegen. In diesem Archiv gibt es keine staatlichen Bestände, weil es dafür nicht zuständig ist.

Die Akten des faschistischen Staates mit Dokumenten über die Verfolgung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung, die während der 50er Jahre von der Sowjetunion direkt an das damalige IML übergeben worden waren, sind im Mai 1990 an die Staatliche Archivverwaltung abgegeben worden. Die staatliche Dokumentation nach 1945 ist in den Staatsarchiven zu suchen.

Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Angebote zur Aufnahme von Verhandlungen über die Abgabe von Schriftgut nach den Grundsätzen der staatlichen Provenienz an das Zentrale Staatsarchiv, nach den Grundsätzen der außenpolitischen Provenienz an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bisher abgelehnt wurden. Ich erinnere Sie daran, daß das als eine Begründungsformulierung im Antrag vorkommt. Vielmehr gibt es eine klare Stellungnahme in einem Brief vom 7. August 1990 an die Direktorin des Zentralen Staatsarchivs Potsdam, während uns Ansprüche des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten bis zum heutigen Tag überhaupt nicht bekannt waren.

Im übrigen stellt sich die Frage, warum hier dann nicht gleichzeitig auch die Parteiarchive der CDU, LDPD, NDPD und DBD behandelt werden. Führende Kräfte dieser Parteien bekleideten gleichermaßen Staatsämter. Ich stelle diese Frage, aber ich wäre bei diesen Archiven ebenfalls nicht für die hier, bezüglich unseres Parteiarchivs, vorgeschlagene Verfahrensweise, die wir generell nicht für gut halten.

An dieser Stelle sei ferner hervorgehoben, daß es ein international praktiziertes Prinzip ist, dokumentarische Nachlässe von Personen, die oft ein halbes Jahrhundert um-

fassen, nicht auseinanderzureißen. So ist es in dem Staat, dessen Teil wir in Kürze werden, völlig normal, daß die Archive parteinaher Stiftungen auch die Nachlässe ihrer Politiker aufbewahren: Das Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung bewahrt z. B. die Nachlässe bzw. Personenfonds von Eugen Gerstenmaier, Bundestagspräsident, Kurt-Georg Kiesinger, Bundeskanzler/Ministerpräsident, Hans Globke, Staatssekretär. Im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt es die Personenfonds der ehemaligen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Ich muß auch auf folgendes hinweisen: Vertrauensvoll haben Persönlichkeiten bzw. deren Hinterbliebene wertvolle dokumentarische Nachlässe in unserem Archiv hinterlegt, beauftragt mit der Maßgabe, daß bei Auflösung des Archivs, Weitergabe an Dritte oder Herausnahme aus dem Zuständigkeitsbereich der PDS die Rückgabe an den Eigentümer erfolgt. Das gilt z. B. bezüglich der Nachlässe von Ulbricht, Pieck, Ebert, Kurt Eisner u. a. Hingewiesen sei auch auf internationale Gesichtspunkte, die berücksichtigt werden müssen. Hier liegt auch das Schriftgut von solchen Parteien, die aufgrund der Bedingungen in ihren Ländern illegal tätig sein müssen. Sie sind sozusagen im Vertrauen zu dieser brüderlich verbundenen Partei hierher gegangen. Meiner Meinung nach wäre es unverantwortlich, sie aus diesem Zusammenhang herauszureißen.

#### Nichtstaatliches Archivgut unantastbar

Auf welcher rechtlichen Grundlage soll eigentlich die De facto-Enteignung oder Verstaatlichung vor sich gehen? Die geltende Verordnung über das staatliche Archivwesen in der DDR vom 11. Mai 1976 regelt ausschließlich die Erfassung und Sammlung von in Volkseigentum befindlichem Archivgut und durch Schenkung und andere Rechtshandlungen in Volkseigentum übergegangenes Archivmaterial. Danach ist im privaten Eigentum oder im Besitz oder Eigentum von Parteien und von Kirchen stehendes Archivgut wie jedes Organisationseigentum von den rechtlichen Regelungen zum Archivwesen der DDR ausgenommen. Nach § 18 der Archivordnung können staatliche Archive Archivgut von Organisationen und Bürgern übernehmen, das ihnen in verschiedener Weise angeboten wird. Ein Zugriffsrecht auf nichtstaatliches bzw. nicht in Volkseigentum stehendes Archivgut steht den staatlichen Archiven nicht zu. Wer das wollte, müßte die Verfassung bzw. in dem Staat, in den wir hineinwachsen, das Grundgesetz, ändern. Die Unantastbarkeit des nichtstaatlichen Archivgutes und das ausschließliche Verfügungsrecht durch den jeweiligen Eigentümer werden im § 10 der ersten Durchführungsbestimmung zur Archivordnung gesichert.

Die PDS fühlt sich im Sinne des Kulturgutschutzgesetzes vom 3. Juli 1990 voll verantwortlich für die Erhaltung und Pflege sowie Unveräußerlichkeit des durch das Archiv verkörperten Kulturgutes in seiner historisch gewachsenen Geschlossenheit. Ich weise die Unterstellung zurück, daß Teile dieses Archives veräußert oder an Dritte weitergegeben werden sollen. Es wird im Gegenteil – nicht nach unserem eigenen Entschluß, wie Herr Geisthardt, Fraktion CDU/DA, das dargestellt hat, sondern nach

der Aufforderung, die Tresorräume des Hauses der Parlamentarier und der Bundesbank bis Jahresende zu räumen – dem geistig-kulturellen Leben erhalten, bewahrt und fortgeführt.

PDS erfüllt Anforderungen des Kulturgutgesetzes

Sein Schutz und seine gesellschaftliche Nutzung sind gewährleistet. Die wissenschaftliche Arbeit mit den Archivmaterialien wird gefördert und ist im Rahmen der geltenden Archivordnung nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes einschließlich des Datenschutzes gewährleistet. Es ist sicher aufbewahrt und vor Schaden und Verlust geschützt. Die Anforderungen des Kulturgutgesetzes werden damit erfüllt. Das Archiv wird fachmännisch in das Gebäude des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung umgelagert und bald wieder benutzbar sein.

Geplant ist unsererseits, das Archiv zu unterstützen, einen gemeinnützigen Verein "Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung" zu gründen. Dazu haben bereits Verhandlungen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung stattgefunden, und es wurde Konsens in den Satzungen des paritätischen Vereins erreicht. Das bedeutet, es soll gesichert werden, daß das Archiv der Allgemeinheit dient. Der Verein entspricht § 52 der Abgabenordnung der DDR vom 22.06.1990 sowie der der BRD, die die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kultur abhängig machen.

Die Konsultation von Vertretern staatlicher Organe künftiger gesamtdeutscher Verantwortung ergab, daß die angestrebte Lösung als sinnvoll angesehen wird. Die Förderung von Wissenschaft und Kultur wird durch das in den Verein einzubringende Archiv erfüllt, speziell wegen seines bleibenden Wertes für die Erforschung und das Verständnis der deutschen Geschichte. Die einflußreiche "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat in ihrer Ausgabe vom 5. September 1990 einen umfassenden, interessanten, gut recherchierten Beitrag über diese ganze Problematik veröffentlicht.

Der Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuß würde ich zustimmen. Ich würde vorschlagen, wegen des Inhalts der Materie zusätzlich eine Überweisung an den Kulturausschuß vorzunehmen.

Ein Nachtrag: Der Innen- und der Rechtsausschuß empfahlen der Volkskammer, dem Antrag auf Verstaatlichung des Archivs nicht zuzustimmen. Diese Empfehlung fand eine Mehrheit im Parlament. Zur Gründung des fast am Schluß der Rede erwähnten Vereins – als "Förderkreis Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung" (später im Plural: Archive und Bibliotheken) – kam es, wie gesagt, sechs Monate später, am 6. März 1991.

Gestatten Sie nun, in der Zeit der Tätigkeit des Förderkreises Gelungenes und Mißratenes zu skizzieren und über Akteure zu sprechen, die das Gelungene geleistet oder ermöglicht bzw. begünstigt und unterstützt haben.

### Gelungenes

Erstrangig und am wichtigsten war und ist, daß *Bewahrung statt Auflösung/Vernichtung* der Archivbestände erreicht wurde. Das *wäre* auch bei Bildung eines paritätischen Vereins mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, wie während der Jahre 1990/91 angestrebt, gelungen. Es *ist* gelungen in der unselbständigen Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs gemäß dem am 23. Januar 1992 beschlossenen und am 13. März desselben Jahres in Kraft getretenen Gesetzgebungsakt.

Welchen Sinn die zuvor ins Auge gefaßte Lösung gehabt hätte, liegt auf der Hand: Gemeinsame Herkunft bzw. Berührungspunkte der Unterlagen zu Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung sprachen dafür. Aber in der politischen Kräftekonstellation jener Zeit war ein solches Vorhaben nicht realisierbar.

Bei der dann verwirklichten Variante war und bleibt aufmerksam zu beachten: Unter dem *Dach* des Bundesarchivs bleibt das Eigentum der einbringenden Parteien und der anderen Einleger an den Quellen rechtlich als Privateigentum bestehen. Und es bleibt aktuell sowohl bis heute als auch ins Künftige, ein abgewandeltes Auflösen/Vernichten weiterhin abzuwehren, das manche betreiben mit Versuchen, diese Bestände und die Arbeit mit ihnen an den Rand zu drängen.

Zum Gelungenen dürfen wir zweitens zählen: die *unzerrissene Bestandsicherung* statt Zerstreuerung. Gehandelt wurde gemäß dem Provenienz-Prinzip. Um das zu gewährleisten, mußte die in der Volkskammer am 13. September 1990 vorgetragene Argumentation noch mehrfach wiederholt werden. Manche von uns kamen sich dabei wie tibetanische Mönche vor, die in immer neuen Anläufen erklären mußten, daß es nicht angeht, wie einige wollten, Papiere nach ihren unterschiedlichen Gegenständen im ganz buchstäblichen Sinne zu zerreißen, zu zerschneiden. Beispielsweise: Aus einem Politbürositzungs-Protokoll die Punkte 1 bis 3, sofern sie staatliches Handeln betreffen, ins Staatsarchiv zu verfrachten, während Punkte 4 bis 7, sofern sie Parteischulung und ähnliches zum Inhalt gehabt hätten, im Parteiarchiv belassen werden sollten.

Ein drittes Gelungenes sehe ich in der *Nutzung* aller Bestände, wofür die Voraussetzungen stetig erweitert und verbessert wurden und werden. Daß die Bestände *ohne Sperrfristen* zur Verfügung stehen, macht sie besonders interessant. Zugleich ist damit ein Problem für Zeitgeschichtsforscher verbunden, denn gegenüber der hier eingeführten neuartigen Regelung gibt es für die in den Archiven der westlichen Bundesländer liegenden Bestände kraft 30-jähriger Sperrfrist und strikteren Schutzes personenbezogener Daten eine geringere Zugänglichkeit.

Hervorzuheben sind Fortschritte in der Erschließung der Bestände und in der Verbesserung der technischen Bedingungen für die Arbeit der Archivnutzer.

Vierter Pluspunkt: *Vertrauen der Nachlassgeber* und sonstiger Einleger von Archivgut in die Stiftung. Dieses Vertrauen hat sich durchgesetzt, konnte gestärkt und erweitert werden. Anfänglich verbreitete Skepsis, Zurückhaltung, ja auch Mißtrauen sind spürbar zurückgegangen. Ich bin froh, erfahren zu haben, daß in der Stiftung das geworden, durch Arbeit erworbene Vertrauen von allen als wertvoller Schatz betrachtet wird,

der nicht durch Enttäuschung gefährdet werden darf. Sowohl der frühere als auch der jetzige Präsident des Bundesarchivs haben wiederholt hervorgehoben, daß dieser Vertrauensgewinn nicht zuletzt dem Wirken des Förderkreises zu danken ist.

Fünftens halte ich für richtig, zum Gelungenen die *begleitenden geistigen Aktivitäten* zu zählen: das Vortragsprogramm von Förderkreis, Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und Stiftung einschließlich der Einigung über Kriterien für zu behandelnde Themen und zu beteiligende Personen sowie weitere Öffentlichkeitsarbeit.

Erlauben Sie, bitte, in Stichworten aufzulisten, worüber im Laufe der letzten Jahre in der *Vortragsreihe* gesprochen wurde. Quellenüberlieferung der KPD 1945/46, Sozialdemokraten im FDGB, Forschungsfreiheit und Persönlichkeitsrechte, Rundfunk und Fernsehen in der DDR, Betriebsräte und Gewerkschaften in SBZ/DDR, Jugendweihe in der DDR 1945–1958, Originalprotokoll der Brüsseler Konferenz der KPD 1935, neue Quellenfunde zur Geschichte des Spartakusbundes, Anfänge der Ostpolitik des DGB, Anneliese Laschitzas neue Rosa-Luxemburg-Biographie, Archivadokumente zum Bau der Mauer in Berlin 1961, Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften 1946/48, Stampfers Versuch einer Flurbereinigung zwischen Moskau und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale; die Persönlichkeiten Paul Singer, Theodor Leipart, Willi Münzenberg, Jakob Walcher, Leo Arons; Rückführung deutscher Akten aus Rußland, das Bild der Roten Kapelle in der DDR und in der BRD, Esperanto in den politischen Auseinandersetzungen 1906–1933, Frauen und Sozialdemokratie 1871–1910, Gedenkbuch für die Opfer von Ravensbrück, sowjetische Einflußnahme auf politische und soziale Probleme in der DDR 1949–1953, die Neue Rheinische Zeitung 1848/49, das Fritz-Hüser-Institut als einziges Literaturarchiv industrieller Arbeitswelt, SED und Kirchen. – Was für ein Kaleidoskop an Stoffen und Themen sozialer, politischer und geistiger Kämpfe in den letzten zwei Jahrhunderten!

Im Hinblick auf die *Auswahlkriterien* haben Förderkreis, wissenschaftlicher Beirat und Kuratorium im Verlauf der Erörterung eines auf Einschränkung hinauslaufenden Bedenkens bekräftigt: Pluralismus und große Breite sollen ausschlaggebend sein.

Über die *Mitteilungen des Förderkreises*, von denen inzwischen 19 Ausgaben vorliegen und die in einer Chronik das zehnjährige Wirken des Förderkreises detailliert vorgestellt haben<sup>2</sup>, läßt sich sagen, daß sie informativ, sachlich und solide sind – gute Qualitätszeichen einer mehr oder weniger periodisch erscheinenden Vereinspublikation.

#### Missetaten

Neben Gelungenem gab es Mißlungenes – Mißratenes, noch genauer müßte man sagen: Missetaten, die zu unterlassen oder zu unterbinden nicht gelungen ist. Nach fünf Erfolgsverbuchungen nenne ich hier nur drei, woran Sie, wenn Sie wollen, so etwas wie eine Neigung zu positivem Denken entdecken können. Die drei Vorgänge, auf die ich zu sprechen komme, enthalten allerdings Negatives in geballter Ladung.

### 1. Die Polizeiaktion vom 31. März 1992

In der Chronik unseres Förderkreises steht zu lesen: In den frühen Morgenstunden des 31. März 1992 wird das Gebäude des IfGA und des Verbundes Archiv, Bibliothek, Technische Werkstätten in der Wilhelm-Pieck-Str. 1 von drei Hundertschaften Polizei und 50 Kriminalbeamten besetzt, womit 15 Staatsanwälten die Suche nach Belastungsmaterial für Prozesse gegen die politische Führung der DDR ermöglicht werden soll, obwohl die Staatsanwaltschaft längst Zugang zu allen einschlägigen Dokumenten hat.

Seitens der PDS wurde die Polizeiaktion als ebenso rechtswidrig wie überflüssig gewertet und zu deren politischen Zielen folgendes gesagt:

- Der Zugang zu den Unterlagen soll beeinträchtigt werden, indem sie statt im Archiv bei der Staatsanwaltschaft lagern.
- Mit dem riesigen Polizeiaufgebot soll im Berliner Wahlkampf Stimmung gegen die PDS gemacht werden, d. h. Staatsanwaltschaft und Polizei wirken als Wahlkämpfer der Berliner Regierungskoalition.
- Bundesinnenminister und Landespolizeidirektor waren vor der Polizeiaktion darüber informiert worden, "daß im Rahmen von Ermittlungsverfahren benötigte Unterlagen wie in früheren Fällen selbstverständlich auf Beschluß des Gerichts herausgegeben werden". Beide haben nicht reagiert. Dies bewies, daß es den zuständigen Behörden nicht um Aufklärung ging, sondern um Krawall.
- Unsererseits wurde auch kritisch vermerkt, daß hier Volksvermögen durch unnötiges Polizeiaufgebot verschleudert worden ist, während im Kampf gegen Mörder, Räuber und Vergewaltiger Polizeikräfte fehlen.
- Schließlich gab's noch den Hinweis, daß der Beschlagnahme-Beschluß des Gerichts zu allem Übrigen auch noch rechtlich falsch, gesetzwidrig ist, weil er sich auf die PDS bezieht, während gemäß dem seit 28. März 1992 in Kraft getretenen neuen Änderungsgesetz zum Bundesarchivgesetz der Beschluß sich auf das Bundesarchiv hätte beziehen müssen. Die Rechtsbehörde kannte die rechtlichen Regelungen nicht.

Es gibt nichts, was geeignet wäre, die unerhörte Polizeiaktion vom 31. März 1992 nachträglich schön zu reden. Dennoch füge ich einen Nachtrag an: Unter den beteiligten Staatsanwälten gab es einige, denen der ganze Vorgang äußerst peinlich war und die nachher bei der Rückgabe korrekt, ja penibel und akribisch auf Vollständigkeit achteten.

### 2. Der ministerieller Eingriff in die personelle Besetzung des wissenschaftlichen Beirats

Entgegen dem sorgfältig abwägend im Kuratorium der Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" ausgehandelten Vorschlag für die Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirats flatterte eine Liste auf den Tisch, in welcher der Bundesminister des Innern willkürlich ihm aus parteipolitischer Sicht nicht genehme Persönlichkeiten gestrichen hatte. Es entstand eine sehr unerquickliche Situation. (*Zwischenruf von Horst Singer: Das war Kanther. Antwort: Mag sein. Ich habe mir aber vorge-*

*nommen, in diesem Teil meines Vortrags die Sünden zu beschreiben, die Namen der Sünden dagegen nicht zu nennen.)*

Die ersatzweise benannten CDU-genehmen Beiratsmitglieder gingen in der Praxis recht sparsam mit ihrer Mitgliedschaft um, als sie gemerkt hatten, um welche Arbeit es sich handelt. Insofern ist die Angelegenheit von ihrem Sachgehalt her auf Dauer nicht sehr erheblich. Vom Demokratiegrundsatz her hat dennoch eines Ministers Achtung – bzw. im vorliegenden Fall: Nicht-Achtung – vor den ihn beratenden Gremien die Aufregung gerechtfertigt, die damals aufkam. Der Beirat ist aktuell nicht neu besetzt worden. Ihn gibt es augenblicklich nicht.

### 3. Der Umgang mit Inge Pardon

Frau Dr. Inge Pardon, die in der Zeit der Umbrüche die Leitung des Parteiarchivs übernommen hatte, die an der Spitze ihrer Kolleginnen und Kollegen für die Bewahrung, den Schutz und die Nutzung der Archivschatze sorgen half, die sich nicht zuletzt aktiv an den Überleitungsverhandlungen mit Bundesarchiv und Innenministerium beteiligte, sollte Ende 1992 plötzlich auf einer ihrer Qualifikation und ihrem erwiesenen Einsatz nicht gerecht werdenden Stelle arbeiten, während bis dahin in verschiedenen Gesprächen in und am Rande von Verhandlungen von ihrer weiteren Tätigkeit in leitender Position ausgegangen worden war. Gegen dieses Vorhaben erhob ein "Abteilung Z" genannter Behördenteil Einspruch. Und der obsiegte. Ich sagte darauf Herrn Dr. Sieghart von Köckritz, inzwischen leider verstorben, damals als Kulturabteilungsleiter im Bundesinnenministerium unser Verhandlungspartner: "Ob Sie's ärgert oder nicht, ich muß feststellen: Ihre Abteilung Z des BMI agiert wie seinerzeit 'Kadermüller' im ZK der SED – gegen personelle Entscheidungsvorschläge fachlich kompetenter Menschen."

Natürlich läßt sich rätseln, auf welcher Ebene Inge Pardon wohl heute in der Archiv-Stiftung tätig sein würde, wäre sie damals auf das – ich nenne es mal so – "niedere" Angebot eingegangen. Versetze ich mich jedoch in Gedanken zurück in jenes Damals – insbesondere zurück an den 29. Dezember 1992, an dem Gregor Gysi und ich zur Unterzeichnung des Einbringungsvertrags in Bonn waren –, dann ist mir bis heute sehr deutlich erinnerlich, wie wir hin- und hergerissen waren: Unterschreiben oder (noch) nicht? Noch nicht im Sinne von: solange es für Inge Pardons Einsatz nicht eine klare Entscheidung gibt. Um des Archiv-Fortbestands willen und der Nicht-Unterbrechung der Tätigkeit von 80 im Archiv arbeitenden Frauen und Männern haben wir schließlich signiert. Plagende Gewissensbisse wegen Inge waren die Folge, wirksam bis heute, sobald man nur daran denkt.

Ebenfalls herbe Verluste erlitt die von unserem Förderkreis unterstützte Einrichtung dadurch, daß der frühere Direktor Günter Benser und der Leiter der Bibliothek Jürgen Stroech – beide lautere und fachlich versierte Persönlichkeiten – zum hauptberuflich beschäftigten Personalbestand des Hauses nicht weiter gehören durften.

Eine weitere ungute Tat, auf die ich hier nicht in einem extra Punkt zu sprechen komme, besteht in der körperlichen Verbringung von Archivgut aus Berlin nach Sankt



Augustin und nach Gummersbach. Sie verstieß klar gegen geltende Bestimmungen, stand nicht in Übereinstimmung mit dem Gesetz. Darüber gab es zunächst ziemliche Erregung. Allmählich wurde das Gewohnheitsmäßige solchen Umgangs mit Gesetzen durch die Gesetzesmacher erfahren, auch durch Beobachtungen außerhalb des Archivwesens, so den Umgang eines Kanzlers und Parteivorsitzenden mit dem Parteiengesetz. Die körperliche Archivgutverbringung eröffnete Möglichkeiten des Zugriffs, von denen Außenstehende selbstverständlich nicht sagen können, wie man sich ihrer bedient hat. Platz für Argwohn und Vertrauensseligkeit gleichermaßen ist so entstanden.

Akteure, die das Gelungene geleistet oder ermöglicht  
bzw. begünstigt und unterstützt haben

Im Reigen von Akteuren, denen Archiv-Stiftung und Förderkreis viel verdanken, ist als erstes noch einmal auf Inge Pardon zurückzukommen – mit höchster Einsatzbereitschaft für Erhalt und Nutzung des hier Aufbewahrten, mit ihrem Anteil daran, bei Einlegern um Vertrauen zu werben, mit der Ergänzung ihrer Qualifikation, die sie unter bundesrepublikanischen Bedingungen erwarb, mit ihrer Charakterstärke, ihrem Stehvermögen, ihrer Festigkeit in Zeiten vieler wendehalsiger Persönlichkeitsverdämerungen. Wir danken ihr auch heute. Und stehen in ihrer Schuld.

Nicht in ausgedehnter Zeitdauer, aber in einem entscheidenden Augenblick mit der Überzeugungskraft einleuchtender Argumente wirkte Uwe-Jens Heuer im Rechtsausschuß der Volkskammer, was zur Herbeiführung des am Beginn meines Vortrags erwähnten parlamentarischen Abstimmungsergebnisses wesentlich beigetragen hat. Auch Joachim Gauck ist, was einige erstaunen wird, in diesem Zusammenhang zu erwähnen, hat er sich doch in einem Gespräch mit mir vergewissert, daß es sich bei den Unterlagen in unserem Parteiarchiv wirklich um etwas anderes handelt als das Material in den Aktenschränken der Normannenstraße.

Als wichtige Akteure zugunsten eines gedeihlichen Umgangs mit dem Archiv habe ich in der Zeit des Verhandeln mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Jürgen Burckhardt und Ulrich Catarius kennengelernt. Und nachdem sich ergeben hatte, daß diese Variante keine Aussicht auf Erfolg hat, erwies sich der von Dietger Pforte und Gerd Wartenberg eingebrachte Vorschlag der Errichtung einer unselbständigen Stiftung als Ausweg.

Unseren wichtigsten Partner im BMI habe ich mit Namen schon genannt: Sieghart von Köckritz. Ihn zeichneten Verständnis für die Erfordernisse der Kultur im Osten Deutschlands sowie das Bemühen um Übereinkünfte aus. An seiner Seite wirkten Klaus Oldenhage, dem unter anderem zu verdanken ist, daß die Bezeichnung der Stiftung frei von verbaler Ehemaligisierungsmanie geblieben ist, und Hans-Günter Kowalski, der gleichbleibend konstruktiv unter vier verschiedenen Ministern gearbeitet hat.

Friedrich K. Kahlenberg, der langjährige Präsident des Bundesarchivs, hat sich bleibende Verdienste um die Stiftung schon zu einer Zeit erworben, als es sie noch gar nicht gab: Als im Zusammenhang mit der Polizeiaktion vom 31. März 1992 auch

noch Treuhand-Verlautbarungen herauskamen, die auf Entlassungen in Massenumfang hinausliefen, war er es, der umgehend für Archiv, Bibliothek und Werkstätten finanzielle Mittel bereitzustellen versprach. Auch sonst habe ich, haben wir in ihm einen von seinem Wesen her wahrhaften Demokraten schätzen gelernt – wohltuend abgehoben von Leuten, die wohl eher nominelle Demokraten zu nennen wären. Als leidenschaftlicher Archivar und Historiker gehörte Friedrich Kahlenberg zu denen, die den Anstoß gaben für die Publikation des Protokolls des Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS vom Dezember 1989. Es ist erfreulich, daß die gute Zusammenarbeit zwischen Bundesarchiv und Förderkreis auch unter dem neuen Präsidenten Hartmut Weber ihren Fortgang findet.

Ich freue mich, über den zum Direktor der Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv" berufenen Konrad Reiser ebenfalls nur Gutes sagen zu können. Das ist ein leiser und weiser Mensch. Er hat sich durch aufmerksames Reinschauen mit den ihm übertragenen Aufgaben und durch kollegiale Beziehungen mit den ihm zuvor unbekanntem Frauen und Männern, die an diesen Aufgaben im einzelnen arbeiten, vertraut gemacht, und bald wurde aus dem Reinschauen ein Überschauchen. Ihn zeichnet ein kritisches Verständnis für hier Gesehenes aus, aber eben wirklich Verständnis – des Landesteils und der Leute, die in ihm arbeiten und leben.

Von den Historikern waren unter den Akteuren die aktivsten: Hermann Weber aus Mannheim, unter anderem mit seinem Förderkreismitglieder werbenden und um Lösungsansätze bemühten Brief vom 14. März 1991 sowie seiner ständigen Teilnahme an der Arbeit des Stiftungs-Kuratoriums; Wolfgang Leonhard, der seine Erfahrungen als Nutzer der Bestände des öfteren zur Sprache brachte – als Beleg für hier geleistete gute Arbeit – und bei seinen Auftritten, wie jüngst anlässlich der Publikation der Dimitroff-Tagebücher und bei der Vorstellung einer neuen Ulbricht-Biographie, hier eingesehene Unterlagen selbstverständlich zu Rate zog; Jochen Černý durch sein Wirken im wissenschaftlichen Beirat sowie Dieter Dowe durch entsprechende Tätigkeit im Kuratorium.

Als Einleger-Vertreter war Gregor Gysi maßgeblich an Ausarbeitung, Verhandlung und Abschluß des Einbringungsvertrags beteiligt. Darüber hinaus ist auf frühzeitig getroffene, außerordentlich wichtige Entscheidungen von grundsätzlicher Tragweite zu verweisen. Von denen sei hier jetzt nur an zwei erinnert: 1. Die Festlegung, als wir außerhalb des sonstigen Parteiarchivs auf ein spezielles Politbüro-Archiv mit besonderen Sekretierungsregeln stießen: Nichts, kein einziges Blatt daraus darf irgendwohin extra "verbracht" werden. Alles ist ins Gesamtarchiv einzuordnen.

2. Verwendung von Quellen, die Politiker der CDU, der SPD und anderer konkurrierender Parteien betreffen, in Wahlkämpfen und analogen gegenwärtigen Auseinandersetzungen kommt für uns nicht in Frage. Auf keinen Fall, auch wenn dieses oder jenes Papier diesem oder jenem besonders reizvoll, ja politisch verführerisch erscheint. – Außerdem hat Gysi gesprächsweise Wolfgang Schäuble die Archivproblematik nahegebracht.

Für die Johannes-Sassenbach-Gesellschaft hat Horst Singer äußerst lebhaft Einleger-Interessen zur Geltung gebracht.

Von den Hauptakteuren im Hause, den – zwar an Zahl weniger gewordenen, dafür mit umso mehr Aufgaben belasteten – Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seien stellvertretend Elrun Dolatowski und Elisabeth Ittershagen genannt.

Mit ihrer Nennung nähere ich mich dem Würdigungshöhepunkt in dieser Stunde: Worten über Henryk Skrzypczak und Günter Benser.

Benser hat als Fortsetzer und Bewahrer seiner vorherigen Arbeit im jüngsten Jahrzehnt viel getan. Er erwies sich als fähig zu kritischer Überprüfung früherer Positionen, ohne Werte über Bord gehen zu lassen, die Bestand haben. Das kam jüngst in seiner Meinungsäußerung zu den erneuten Debatten um die Vereinigung von KPD und SPD 1946 zum Ausdruck wie zuvor in seinem Buch "DDR – Gedenkt ihrer mit Nachsicht", einem Werk, in welchem ihm nach meinem Eindruck eine interessante Verflechtung von Historischem und Persönlichem gelungen ist. Er hat deutlich voneinander abgehoben, was individuelles Erleben und daraus bezogene Erinnerungen sind und was er als Geschichtsschreiber objektiv untersuchend feststellt, und zugleich läßt er das eine in das andere übergehen. Ich empfand das als sehr anregend. Und was im engeren Sinne den Förderkreis "Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung" angeht, als deren Vorsitzender Günter Benser nun schon mehrere Jahre arbeitet, verbunden mit dem Herausgeben und Redigieren der Förderkreis-"Mitteilungen", von denen, wie gesagt, bereits die 19. Nummer erschienen ist: Da haben wir für Einfälle, Fleiß und investierten Zeitaufwand herzlich zu danken.

#### Henryk Skrzypczak

Bensers Vorgänger im Vorsitzendenamt, der erste Vorsitzende unseres Vereins überhaupt, war Henryk Skrzypczak, legendär seinerzeit schon als IWK-Chef. Die Buchstaben Sk (Eska) und IWK wurden gehört und gelesen wie ein Zeichen: sachliche und persönliche Verkörperung von ein und demselben Tätigkeitszweck, nämlich international wissenschaftlich über Themen und Personen der Arbeiterbewegung zu korrespondieren. Eska ist zwei Tage vor dieser unserer Festsitzung 75 geworden; guter Grund, ihn zu feiern.

Die Zeit unserer Bekanntschaft vor Augen, das in dieser Zeit Erlebte Revue passieren lassend, stimme ich jetzt ein vielfaches Lob auf Henryk Skrzypczak an. Das ist:

#### Lob des Archivretters.

Daß Hunderte renommierte Menschen Mitglied des Förderkreises wurden, hat vornehmlich er bewirkt. Er schrieb Briefe an die Obrigkeiten und wandte sich mit klaren Worten an die Öffentlichkeit. Er verfaßte Denkschriften zu Problemlösungen. Ihm verdanken wir interessante Vereinsveranstaltungen und den Start des nicht minder interessanten Vereinsorgans "Mitteilungen".

#### Lob des literarisch hochtalentierten Historikers.

Ich nenne Beispiele und bin gewiß, diejenigen, die sie kennen, werden mir zustimmen, wenn ich sage: Da ist ein Mann am Werke, der die hohe Kunst beherrscht, in

Gedanken, Mentalität, sprachliche Eigenarten der Personen, über die er schreibt, so weitgehend "hineinzuschlüpfen", daß man lesend meint, es mit den Personen höchstselbst zu tun zu haben. Ich fühlte mich bei der Lektüre an Stefan Heyms "Radek" erinnert, wobei Heym im Roman auf die geschichtliche Stimmigkeit im Ganzen verpflichtet ist, während bei Skrzypczak außerdem jede Tatsache im einzelnen ebenfalls stimmen muß. Die Beispiele: "Mission ohne Mandat. Der Fall Friedrich Stampfer", "Ein Präsident auf Reisen. Erste Annäherung an ein verdrängtes Kapitel der Sozialistischen Arbeiter-Internationale" (bezieht sich auf Vanderveldes 1930er Reise nach Polen, Rußland, China, Japan, Französisch-Indochina); ferner ist auf den quellenkritischen Exkurs zur Ziegenhalser Beratung der KPD vom 7. Februar 1933 hinzuweisen.

#### Lob des Dichters.

Im Jahre 1968 kam ein Gedichtband unseres Jubilars heraus; die grafische Gestaltung des Umschlags stammte von seiner Frau Dagmar, der auch Verse in diesem Band gewidmet sind. Ich werde die aber nicht zitieren, sondern ein Gedicht politischer Lyrik, in dem die für Skrzypczak charakteristische Diktion besonders stark hervortritt:

#### Letztes Angebot

Arbeitslos – doch ohne Schuld,  
daß mein Typ hier nicht gefragt ist  
und mein Selbstgefühl zernagt ist,  
reißt mir langsam die Geduld.

Da ich anders nicht mehr kann  
und vom langen Warten steif bin,  
außerdem auch abschußreif bin,  
biet ich mich zum Abschluß an.

Für den Satellitenstart  
merkt mich vor. Ich mach es billig.  
Ich geh frei- und weltraumwillig  
auf die große Himmelfahrt.

Tiere schützt der Schutzverband.  
Nehmt kein Vieh. Es ist bequemer,  
ihr nehmt mich, den Arbeitnehmer  
z.b.V. im Wartestand.

Gebt mich auf – als Menschenfracht.  
Meine Mutter kann dann sagen  
(wenn die Nachbarn wieder fragen):  
"Er hat's doch noch weit gebracht."

Unten stirbt es sich gemein.  
Oben lockt's mich, das gesteh ich.  
Wenn ich oben eingeh, geh ich  
in die Weltgeschichte ein.

Keimfrei sterben ist zudem gesund.  
Ja, und falls – es dürfte kaum passieren –  
Menschenschutzvereine protestieren,  
könnt ihr reinen Herzens dementieren:  
"Was da umkam, war ein armer Hund."

Desweiteren ein Lob auf den meisterhaften Polemiker.

Hier denke ich vor allem an seinen im September 1999 zu einem Referat von Eric Hobsbawn auf der 35. Linzer Konferenz über "Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung" gehaltenen Diskussionsbeitrag. Ich kenne keine gründlichere und schärfere Abrechnung mit dem Schröder/Blair-Papier. Die "junge Welt", Berlin, die den Text am 21. und 22. November 2000 veröffentlichte, stellte ihn in Abwandlung der UTOPIE-Beschreibung "Kein Ort. Nirgends" unter die Überschrift „Kein Marx – nirgends“.

Und schließlich ein Lob auf den freundschaftlichen,  
kameradschaftlichen Zeitgenossen.

Daß ich Henryk Skrzypczak kennenlernen konnte, daß in unserem Verhältnis zueinander aus Bekanntschaft Freundschaft wuchs, gehört für mich zum Schönsten, das die Einheit des Landes brachte.

---

1 Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Dietz Verlag Berlin. 1990, zuvor 1974 in Band 4 der im gleichen Verlag erschienenen Gesammelten Werke: 359.

2 Siehe Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zu Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 19, Beilage.